

# Einsparpotenzial im Bundeshaushalt

Die Streichliste des Bundes der Steuerzahler



Bund der Steuerzahler  
Deutschland e.V.

# Wo ein Wille - da ein Weg

## Einsparpotenzial im Bundeshaushalt

Wenn es um Schulden und ums Sparen geht, sind Politiker schnell dabei, alle Ausgaben „auf den Prüfstand“ stellen zu wollen. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag verspricht sogar „eine durchgreifende Konsolidierungspolitik“. Doch wie das konkret aussieht, ist im aktuellen „Sparpaket“ der Bundesregierung zu besichtigen. Von den 11 Milliarden Euro, die in diesem Jahr „gespart“ werden sollen, resultiert die Hälfte aus neuen Steuern und Abgaben. Damit macht es sich die Regierung viel zu leicht. Von der gut bezahlten politischen Klasse sind Stra-

tegien gefordert, wie und wo nicht nur geredet, sondern auch spürbar gespart werden kann.

Der Bund der Steuerzahler liefert zwei konkrete Diskussionsangebote - einen Einsparkatalog für den Bundeshaushalt mit 27 Milliarden Euro und daraus exemplarisch eine Streichliste mit 50 oftmals skurrilen Einzelbeispielen für unnötige Bundesausgaben.

Der Einsparkatalog basiert auf den aktuellen Zahlen des Bundeshaushalts 2011 und umfasst folgende Punkte:

Einsparmöglichkeiten im Bundeshaushalt pro Jahr	Ersparnis in Mrd. Euro
Kürzung der Bundeszahlungen an die Bundesagentur für Arbeit	7,4
2prozentige Globalkürzung aller Bundesausgaben (außer Zinsen)	5,4
Subventionen	3,0
Rückkehr vom Elterngeld zum Erziehungsgeld	2,0
Personal- und Verwaltungskosten	1,8
Zuwendungen	1,6
unwirksame Arbeitsmarktförderung	1,5
Regionalisierungsmittel	1,4
Entwicklungshilfe	0,8
Erneuerbare Energien und Klimaschutz im Ausland	0,7
Abschaffung des BAföG-Zuschusses	0,7
Aufstockendes Arbeitslosengeld II statt Wohngeld und Kinderzuschlag	0,4
fünf Eurofighter weniger	0,3
<b>Gesamtsumme</b>	<b>27,0</b>

## Im Einzelnen:



### 7,4 Mrd. Euro - Kürzung der Bundeszahlungen an die Bundesagentur für Arbeit

In der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung besteht weiterhin ein hohes Einsparpotenzial bei versicherungsfremden Leistungen. Namentlich sind dies:

- Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf einheitlich 12 Monate
- Abschaffung der Kinderkomponente beim Arbeitslosengeld
- Abschaffung der Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer
- Abschaffung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- Abbau des konjunkturellen Kurzarbeitergeldes inkl. Erstattungen der Sozialabgaben
- Abbau des Saison-Kurzarbeitergeldes inkl. Erstattungen der Sozialabgaben
- Abbau des Transferkurzarbeitergeldes und der Transfermaßnahmen
- Abbau der Förderung der beruflichen Weiterbildung

Entsprechende Leistungskürzungen könnten den Bundeshaushalt um bis zu 7,4 Mrd. Euro entlasten.



### 5,4 Mrd. Euro - 2prozentige Globalkürzung über alle Bundesausgaben (außer Zinsen)

Der Bundeshaushalt 2011 sieht Gesamtausgaben von 305,8 Mrd. Euro vor. Die Zinsausgaben betragen 35,3 Mrd. Euro. Eine 2prozentige Globalkürzung über die verbleibenden 270,5 Mrd. Euro erbringt einen Einsparbetrag von rund 5,4 Mrd. Euro. Ministerien, die von den hier genannten Einzelschlüssen betroffen sind, müssen in anderen Bereichen entsprechend mehr sparen, um die Globalvorgabe zu erfüllen.



### 3 Mrd. Euro - Subventionen Darunter: 1 Mrd. Euro Kürzung Steinkohlesubventionen

Der Bund sollte die Steinkohlesubventionen (Haushaltsansatz 2011: rund 1,5 Mrd. Euro) als wohl absurdeste Finanzhilfe drastisch kürzen. Der Bund hat selbst bekannt, dass „der deutsche Steinkohlenbergbau insbesondere aufgrund der hiesigen geologischen Abbaubedingungen nicht wettbewerbsfähig“ ist. (21. Subventionsbericht)

Steinkohle kann weltweit bezogen werden. Der für die Subventionsberechnung relevante „Drittlandskohlepreis“ lag im Jahresdurchschnitt 2010 bei 85 Euro pro Tonne. Die Produktionskosten für deutsche Steinkohle liegen bei rund 170 Euro pro Tonne. Die Förderung und Produktion ist damit höchst unrentabel. Arbeitseinstellung ist angesichts dessen eigentlich dringend geboten.

### **Darunter: 10prozentige Kürzung bei ausgewählten Großposten (1,12 Mrd. Euro)**

- 950 Mio. Euro durch Kürzung der unzähligen Einzelmaßnahmen in der Forschungsförderung (Gesamtansatz 2011 ohne Verteidigung: 9,5 Mrd. Euro)

Forschung mag grundsätzlich in Teilen förderungsfähig sein. Allerdings haben Unternehmen auch mit geringeren oder ohne staatliche Zuschüsse ein wirtschaftliches Eigeninteresse an Forschung. Viele Maßnahmen rufen Mitnahmeeffekte hervor. Die konkreten Nutznießer der Förderung sollten mehr, die große Schar der Steuerzahler weniger Kosten tragen.

- 170 Mio. Euro durch Kürzung des Bundesanteils an den Gemeinschaftsaufgaben (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie „Hochschulbau“ (Gesamtansatz 2011: 1,7 Mrd. Euro)

Die GA als Form der Regionalförderung hat in der Vergangenheit immer wieder zu Mitnahmeeffekten und Fehlinvestitionen geführt. Der Zielerreichungsgrad der Förderung ist oft niedrig oder gar nicht messbar.

### **Darunter: Kürzung Klimasubventionen (130 Mio. Euro)**

- 130 Mio. Euro Zuschüsse an die KfW für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm

Insbesondere die Förderung der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung ist seit 2007 in gigantischem Umfang ausgeweitet worden. Betrug die Förderung im Jahr 2007 noch 60,5 Mio. Euro, so wird sie 2011 auf 653 Mio. Euro ausgeweitet. Eine 20prozentige Kürzung des Subventionsvolumens ist vertretbar.

### **Darunter: Streichung Agrarsubventionen (400 Mio. Euro)**

- 200 Mio. Euro Grünlandmilchprogramm

Das Grünlandmilchprogramm ist eine Sondersubvention von weniger als einem Cent pro Liter Milch. Damit ist selbst kurzfristig keinem Milchbauern wirklich geholfen. Und langfristig sind neue Subventionen natürlich auch keine Lösung. Erst wurden mit staatlichen Preisgarantien Überkapazitäten geschaffen. Jetzt wird der schwierige Strukturwandel – also der Übergang von Kleinbetrieben zu kostengünstigeren Großbetrieben – mit staatlichen Hilfsversprechen verzögert. Das Grünlandmilchprogramm muss gestrichen werden.

- 200 Mio. Euro Zuschüsse an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung

Diese Branchensondersubvention (des Versicherungsbeitragssatzes für land- und forstwirtschaftliche Unternehmen) ist ebenso wenig zu rechtfertigen.

### **Darunter: Kürzung und Streichung kleiner Posten (0,3 Mrd. Euro)**

Weitere exemplarische Subventionsbeispiele im Umfang von mehr als 300 Mio. Euro:

- 80 Mio. Euro für das Branntweinmonopol
- 60 Mio. Euro Anreizprogramm für die deutsche Filmproduktion
- 53 Mio. Euro für nachwachsende Rohstoffe
- 40 Mio. Euro Kürzung von Zuschüssen für Entwicklung von Umwandlungs- und Verbrennungstechnik
- 38 Mio. Euro High Tech Gründerfonds
- 18 Mio. Euro Exporthilfen für Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien
- 16 Mio. Euro für den ökologischen Landbau
- 16 Mio. Euro für THESEUS (Entwicklung besserer Internetsuchmaschinen)
- 15 Mio. Euro Absatz- und Entwicklungshilfen für zivile Flugzeuge
- 6 Mio. Euro Transrapid-Versuchsanlage Emsland
- 5 Mio. Euro Stärkung der Außenhandelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungsbereich



### **2 Mrd. Euro - Rückkehr vom Eltern- zum Erziehungsgeld**

Das teure Elterngeld (2011: 4,4 Mrd. Euro) hat seine Ziele – höhere Geburtenzahlen generell und insbesondere bei „Besserverdienenden“ – nicht erreicht.

Im Gegenteil: Die Geburtenzahlen sind von 2007 (Elterngeld-Start) bis 2009 (2010er Zahlen liegen noch nicht vor) kontinuierlich gefallen.



### **1,8 Mrd. Euro - Personal- und Verwaltungskosten**

Der Bund plant 2011 mit Verwaltungsausgaben in Höhe von 10,2 Mrd. Euro. Im Vergleich zum IST 2007 (8,1 Mrd. Euro) ist dies ein drastischer Aufwuchs um 26 Prozent. Eine Kürzung in der Größenordnung von 1,4 Mrd. Euro sollte von den Ressorts eingefordert werden. Weitere Kürzungsposten betreffen die Reduzierung der Frührenten (200 Mio. Euro) sowie die Beihilfenreduktion auf 50% der Krankheitskosten (200 Mio. Euro).



### **1,6 Mrd. Euro - Zuwendungs-Kürzungen**

Der Bund vergibt Jahr für Jahr eine Unzahl verschiedener Zuwendungen. Nach der Bundeshaushaltsordnung zählen als Zuwendungen alle zweckgebundenen Geldleistungen an Externe, an deren Aufgabenerfüllung der Bund ein „erhebliches Interesse“ hat. Er führt diese Aufgaben nicht selber durch, sondern lässt sie durch Dritte erfüllen. Das jährliche Zuwendungsvolumen des Bundes beläuft sich auf rund 20 Mrd. Euro und erstreckt sich auf ca. 400 institutionelle Zuwendungsempfänger sowie auf einen Dschungel von über 100.000 Projektförderungen. Diese Zuwendungen fallen

häufig auch unter einen weiten Subventionsbegriff, so dass Doppelzählungen bei Kürzungsvorschlägen vermieden werden müssen.

Dennoch: Bei näherer Betrachtung vieler Zuwendungen ist ernsthaft zu hinterfragen, ob hier tatsächlich ein - gemäß der strikten Vorgabe der Bundeshaushaltsordnung - „erhebliches Interesse“ des Bundes vorliegt. Viele Förderungen – ob institutionell oder als Projekt – verschlingen in ihrer Summe jährlich Milliarden an Steuergeldern, ohne dass die Allgemeinheit wesentliche Verbesserungen oder Vorteile daraus erfährt. Die Zuwendungspolitik des Bundes dient oft genug der Unterstützung von Partikularinteressen.

Einige Beispiele aus dem Bundeshaushalt 2011 zeigen eindrucksvoll die Dimensionen des Finanzvolumens, das einigen wenigen Zuwendungsempfängern zu Gute kommt. Bei den folgenden Positionen sieht der Bund der Steuerzahler die Förderungswürdigkeit im Sinne eines effektiven Einsatzes von Steuergeldern ganz (g) oder teilweise (t) in Frage gestellt:

- 490 Mio. Euro - Auslandskulturarbeit (t)
- 345 Mio. Euro - Zuschüsse für die Arbeit von politischen Stiftungen (t)
- 279 Mio. Euro - Finanzierung des Auslandsrundfunks (t)
- 243 Mio. Euro - Finanzierung des Deutschen Wetterdienstes (t)
- 80,5 Mio. Euro - Fraktionskostenzuschüsse (t)
- 17,7 Mio. Euro - Unterstützung deutscher Minderheiten in Osteuropa (t)
- 16 Mio. Euro - Modellprojekte von Mehrgenerationenhäusern (g)
- 13,9 Mio. Euro - Reservistenverband der Bundeswehr (g)
- 7,5 Mio. Euro - Sachleistungskonto für Abgeordnete (t)
- 7 Mio. Euro - anteilige Finanzierung für eine Stadtbahn in Ho-Chi-Minh-Stadt (g)
- 6 Mio. Euro - Investorenwerbung für die neuen Länder (g)
- 4,9 Mio. Euro - Deutsche Arbeitsschutzausstellung, Dortmund (g)
- 4,7 Mio. Euro - Weltweite Sportförderung durch das Auswärtige Amt (t)
- 2,3 Mio. Euro - Zuschuss für Bayreuther Festspiele (g)
- 1,7 Mio. Euro - Förderung von Maßnahmen der freiwilligen Ausreise mittelloser Ausländer (t)
- 750.000 Euro - Immobiliendialog des Bundesbauministeriums (g)
- 632.000 Euro - Redaktionsstab für eine verständliche Gesetzessprache (g)
- 480.000 Euro - Förderung von Wettbewerben und Ehrenpreisen (g)
- 300.000 Euro - Computerspielepreis (g)
- 60.000 Euro - Beihilfen für die Fremdsprachenausbildung von Ehepartnern Bundeswehrangehöriger (g)
- 17.000 Euro - Zuschuss für Internationalen Baumwollberaterausschuss (g)
- 10.000 Euro - Zuschuss an die Vereinigung der Bundespolizei-Kameradschaften (g)

- 5.000 Euro - Deutsch-Japanischer Medienpreis (g)
- 3.000 Euro - Zuschuss für Deutschen Pflügerrat (g)



### **1,5 Mrd. Euro - unwirksame Arbeitsmarktförderung**

Es gibt zahlreiche Untersuchungen, die die Ineffizienz vieler arbeitsmarktpolitischer Instrumente belegen. Die Maßnahmen im Bereich Hartz IV/SGB II werden direkt aus dem Bundeshaushalt finanziert und von der BA administriert. Laut BA hatten diese sogenannten „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ im Jahre 2009 ein Gesamtvolumen von rund 5,1 Mrd. Euro. Darunter befinden sich die sogenannten Ein-Euro-Jobs, die aufgrund ihrer belegbaren Unwirksamkeit komplett gestrichen werden sollten

(rund 1 Mrd. Euro). Die übrigen Maßnahmen wurden zwar noch nicht ausreichend evaluiert, die bisher vorliegenden Analysen weisen für einige Maßnahmen (Lohnkostenzuschüsse, Weiterbildungsmaßnahmen) jedoch Mitnahmeeffekte auf, so dass in diesem Bereich weitere Effizienzreserven von schätzungsweise 500 Mio. Euro bestehen dürften.



### **1,4 Mrd. Euro - Regionalisierungsmittel**

Der Bund plant, in 2011 den Ländern 7 Mrd. Euro als sogenannte Regionalisierungsmittel zu überweisen. Davon kaufen die Länder ganz überwiegend Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs ein. Hiervon profitiert vor allem die DB Regio, was sie zur gewinnträchtigsten DB-Verkehrssparte macht.



Bei der unwirksamen Arbeitsmarktförderung kann viel gespart werden.



Mittelkürzungen, die über einen verstärkten Ausschreibungswettbewerb nicht notwendigerweise zu drastischen Verkehrskürzungen führen müssen, sind geboten. Dies fordert u. a. auch die „Monopolkommission“. Sie sieht Kostensenkungspotenziale in Höhe von etwa 20 Prozent (Sondergutachten der Monopolkommission, April 2007, S. 76). Die jüngste Rechtsprechung des BGH, wonach Auftragsvergaben grundsätzlich per Ausschreibung zu erfolgen haben, belegt zusätzlich die Notwendigkeit einer Reform.



### **0,8 Mrd. Euro - für die Entwicklungszusammenarbeit**

Mit 6,2 Mrd. Euro erreicht die Entwicklungshilfe des Bundes aus dem BMZ-Etat in diesem Jahr ein Rekordniveau.

Im Vergleich zu 2007 ist das ein Anstieg um mehr als 40 Prozent.

Allerdings werden weiterhin Länder millionenschwer gefördert, die objektiv auf diese Hilfen nicht angewiesen sind. Indien, Brasilien, Mexiko, Südafrika, Ukraine oder Serbien als aufstrebende Industrienationen erhielten allein 2010 vom Bund über 500 Mio. Euro an finanzieller und technischer Unterstützung. Ebenso wird der EU-Beitrittskandidat Türkei vom Steuerzahler über den Bund und die KfW seit Jahren mit Millionen Euro gefördert. Schuldenerlasse für Staaten wie Jordanien, Indonesien, Peru, Philippinen oder Ägypten in Höhe von bisher mehr als 600 Mio. Euro sind fragwürdig.



**Regionalisierungsmittel für den Schienenahverkehr - hier gibt es Sparpotenzial.**





### **0,7 Mrd. Euro - Erneuerbare Energien und Klimaschutz im Ausland**

Durch die Verkäufe von CO<sub>2</sub>-Zertifikanten hat der Bund erhebliche und dauerhafte Zusatzeinnahmen (2011 netto: 700 Mio. Euro). Statt diese Erlöse zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden, wurden diverse Klimasubventionen ausgeweitet. Das betrifft insbesondere das Bundesumweltministerium, aber auch das Entwicklungsministerium (223 Mio. Euro jährlich für „Biodiversität im Ausland“) und das Wirtschaftsministerium (30,5 Mio. Euro für Energieverbraucherberatung). Diese Entwicklung ist rückgängig zu machen.



### **0,7 Mrd. Euro - Abschaffung des BAföG-Zuschusses**

BAföG sollte nur noch als Darlehen und nicht wie bisher als Kombination aus Zuschuss und Darlehen gewährt werden. Wer studiert, hat allerbeste Chancen auf ein überdurchschnittliches Erwerbseinkommen. Ein etwaiges BAföG-Darlehen dann später zurückzuzahlen, ist also zumutbar. Allein der Bund könnte auf diese Weise jährlich rund 0,7 Mrd. Euro sparen.



### **0,4 Mrd. Euro - Aufstockendes Arbeitslosengeld II statt Wohngeld und Kinderzuschlag**

Wohngeld und Kinderzuschlag konkurrieren mit ALG-II-Leistungen und sind somit nicht zuletzt verwaltungskostenträchtig. Das Wohngeld und der Kin-

derzuschlag sollten deshalb abgeschafft werden. Die bisherigen Wohngeld- und Kinderzuschlagsempfänger wären dann teilweise dazu berechtigt, ergänzende ALG-II-Leistungen zu beziehen. Diese dürften jedoch grundsätzlich geringer als das Wohngeld und der Kinderzuschlag sein. Es wird angenommen, dass auf diese Weise ein Drittel der Ausgaben für Wohngeld und Kinderzuschlag, also ca. 400 Mio. Euro, eingespart werden könnten.



### **0,3 Mrd. Euro - fünf „Eurofighter“ weniger**

Selbst unter Verteidigungspolitikern ist es vorherrschende Meinung, dass eine entsprechende Stückzahlverringerung angesichts der neuen sicherheitspolitischen Lage möglich, als auch verhandlungstechnisch gegenüber dem Hersteller-Konsortium möglich ist.

# 50 Wege, die Schuldenspirale zu verlassen

## Surrile Einzelbeispiele

Der 306 Milliarden Euro umfassende Bundeshaushalt bietet nicht nur bei Großposten erhebliche Einsparmöglichkeiten, sondern auch bei den vielen tausend, kaum überschaubaren Kleinprojekten.

Beispiele für skurrile, überteuerte und unsinnige Maßnahmen des Bundes gibt es genug. 50 Absurditäten präsentiert der BdSt hier:



### **10 Millionen Euro für Elektro-Kleintransporter von Mercedes**

Wenn es darum geht, Autos alltagstauglich zu machen, führt an Subventionen vom Bundesumweltministerium (BMU) wirklich und bei aller Rücksicht auf die Steuerzahler leider gar kein Weg vorbei. 10 Millionen Euro fließen derzeit in ein zweijähriges Projekt von Mercedes-

Benz. Dank dieses Zuschusses kann endlich, endlich der batteriebetriebene Kleintransporter Vito E-CELL getestet werden. Erprobungsfahrzeuge rollen dank der BMU-Millionen über Berliner Straßen, um die Fahreigenschaften, die Klimaanlage, die Ladestationen und die Reichweiten zu testen. Letztlich sollen die Forschungsergebnisse dazu dienen, „eine entsprechende Expertise zu batteriebetriebenen Transportern in der Konzernzentrale der Daimler AG in Deutschland aufzubauen. Darüber hinaus sollen sie die Grundlage dafür liefern, die Betrachtung auch auf andere Transporterbaureihen, im Besonderen auf den Mercedes-Benz Sprinter, erweitern zu können, um so die Machbarkeit von batterieelektrischen Transportern auch in Verbindung mit einem höheren



Der Vito E-Cell von Mercedes-Benz - 10 Millionen Euro vom Steuerzahler.

zulässigen Gesamtgewicht (bis zu 5 t) zu bewerten und weitere Aktivitäten ableiten zu können.“ Ganz gewichtige Gründe gegen Geiz, meint leider das BMU und greift in die Taschen der Steuerzahler.



### **7 Millionen Euro für Ho-Chi-Minh-Stadtbahn**

Die Bundesregierung gewährt Vietnam für den Bau einer Stadtbahn in Ho-Chi-Minh-Stadt jährliche Zuschüsse. Nach 17 Mio. Euro im Jahr 2010 sollen 2011 weitere 7 Mio. Euro in Vietnam investiert werden. Das Projekt mit einem Gesamtvolumen von 1 Mrd. US-Dollar soll unter maßgeblicher Beteiligung/Projektführerschaft der deutschen Wirtschaft realisiert werden. Die Bundesregierung hofft auf diese Weise, ihre bilateralen Beziehungen zu Vietnam auszubauen. Der BdSt fordert die Einstellung dieser Zuschüsse. Wenn deutsche Wirtschaftsunternehmen beim Bau der Stadtbahn zum Zuge kommen sollen, müssen sie dies über Preis, Qualität und innovative Produktlösungen sicherstellen. Dass der Steuerzahler dafür einstehen soll, ist nicht einzusehen.



### **2,2 Millionen Euro für gesundes Wohnen mit Stil**

Wollen Sie nach eigener Aussage „innovative Angebote mit hoher Attraktivität für eine interessierte und zahlungskräftige Zielgruppe“ entwickeln? Dann sind Sie mit Ihrem Subventionsantrag beim Bundesforschungsministerium ge-

nau richtig. Gut 2,2 Millionen Euro der Steuerzahler spendiert das Ministerium den sieben Teilnehmern des Projekts „Gesund Wohnen mit Stil“. Für ältere Menschen soll im Wesentlichen ein Bewegungssessel entwickelt werden, der Gesundheitsdaten misst und mit dem Fernseher verbunden ist, um abgestimmte und motivierende Bewegungstipps zu geben. Auch die Einbindungen von sensorbestückten „Gesundheits-T-Shirts“, eines „personal trainers“, „Ärzte-Live-Monitorings“ und SMS-Notfallmeldungen über eine Gesundheitsplattform sind geplant. Angesichts ungesunder Staatsfinanzen ist solch eine Subvention höchst entbehrlich.



### **300.000 Euro für den Deutschen Computerspielpreis**

Das Bundeskanzleramt beteiligt sich seit 2009 an dem mit insgesamt 385.000 Euro dotierten Deutschen Computerspielpreis. Er soll die Entwicklung hochwertiger und kulturell sowie pädagogisch wertvoller Spiele in sieben verschiedenen Kategorien honorieren. Der Steuerzahler darf auch 2011 mit 300.000 Euro wieder den Löwenanteil des Preises bezahlen, an dem sich auch die Branchenverbände der Computerspieleindustrie beteiligen. Die Computerspieleindustrie ist eine Wachstumsbranche, die am Verkauf innovativer Spiele gut verdient und daher spielend den Preis vollständig allein finanzieren kann. Eines Bundeszuschusses bedarf es daher nicht.

### **250.000 Euro für Heil-, Duft-, Gewürz- und Färbepflanzen**

Dass viele Pflanzenarten wertvolle Inhaltsstoffe liefern, ist seit Jahrhunderten bekannt und erforscht. Heutzutage stellt die chemische Industrie viele wichtige Stoffe für Farben-, Pharma- und Kosmetikprodukte synthetisch her. Damit die Vielfalt der unzähligen Heil-, Duft-, Gewürz- und Färbepflanzen, deren Verwendungsmöglichkeiten, Herkunft und historische Bedeutung nicht in Vergessenheit geraten, erhält das Deutsche Gartenbaumuseum in Erfurt 247.399 Euro vom Bundeslandwirtschaftsministerium, um Pflanzenliebhabern, Privatgärtnern und Landwirten im Rahmen einer Wanderausstellung die Nützlichkeit der Pflanzen näher zu bringen. Der BdSt erachtet diese Ausgabe als gewürzte Steuergeldverschwendung, die nicht hilfreich ist, die kranken Staatsfinanzen zu heilen.

### **80 Millionen Euro für das Branntweinmonopol**

Das seit Kaisers Zeiten bestehende Branntweinmonopol sichert kleinen und mittelständischen Agrarunternehmen künstlich das Überleben im internationalen Wettbewerb der Schnapsbrenner. Der Steuerzahler muss hierfür 80 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen. Mit bis zu 3,50 Euro pro Liter wurde in der Vergangenheit der Schnaps subventioniert. Das deutsche Branntweinmonopol ist einzigartig in Europa und da-

her EU-rechtlich höchst umstritten. Zu Recht, wie der BdSt meint. Es ist keine staatliche Aufgabe, landwirtschaftlichen Betrieben deren Schnaps mit viel Steuergeld abzunehmen. Hier werden Steuergelder wahrlich verbrannt. Das Branntweinmonopol ist Verschwendung öffentlicher Mittel und muss abgeschafft werden.

### **2,1 Millionen Euro für einen Bioökonomierat**

Klima, Ernährung, Energie – die Bundesregierung lässt sich beraten, und zwar nachhaltig! 1971 gründete sie ihren „Sachverständigenrat für Umweltfragen“ (SRU). Seit 1992 gibt es den „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU). Und im Jahr 2001 schuf sie den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). 2009 war es dann nach Meinung des Bundesforschungsministeriums höchste Zeit, die Nachhaltigkeit zu untermauern – der „BioÖkonomieRat“ wurde gegründet. Die ersten drei Ratsjahre sollen die Steuerzahler jetzt knapp 2,1 Millionen Euro kosten. Als Gegenleistung gibt's Empfehlungen an die Bundesregierung. Die allererste Ratsempfehlung war, die Forschungsaktivitäten stärker zusammenzufassen. Vielleicht sollte die Regierung zunächst einmal damit beginnen, ihre Beratungseinkäufe zu bündeln.



### 16 Millionen Euro für Internet-Suchmaschinen

„Theseus“ ist ein Forschungsprojekt im Rahmen der High-Tech-Strategie der Bundesregierung. Unternehmen und Forschungseinrichtungen sollen bessere Internet-Suchmaschinen entwickeln und den Weg für neue Dienstleistungen im Internet ebnen. 2011 sollen abermals 16 Mio. Euro hierfür ausgegeben werden. Bis Ende 2010 sind bereits mehr als 80 Millionen Euro an Forschungssubventionen geflossen. Kann es sein, dass es einen innovativen Markt mit zahllosen IT-Unternehmen bereits gibt? Kann es sein, dass ihnen die Entwicklung von Google oder Web 3.0 überlassen werden kann? Kann es also sein, dass man hier die Steuerzahler definitiv schonen muss? Ein JA ist keine kühne Antwort.



### 1,9 Millionen Euro für Testfahrten

Für die praxistaugliche Erprobung eines kombinierten Diesel-Elektro-Motors erhalten die Westfrankenbahn, eine Tochter der Deutschen Bahn, sowie der Motorenentwickler MTU Friedrichshafen GmbH 1,9 Millionen Euro vom Bundesverkehrsministerium. Dank des Hybridmotors sollen der Kraftstoffverbrauch und der Kohlendioxidausstoß um bis zu 25 Prozent gesenkt werden können. Der Motor selbst ist von MTU bereits mit einem Systempartner entwickelt worden, jetzt steht der Praxistest an. Somit lässt sich das Projekt mit vergleichsweise geringem Aufwand durchführen, dennoch erhält es 1,9 Millionen Euro Steuergelder. Der BdSt meint, dass dieses Projekt vollständig von beiden Unternehmen finanziert werden sollte.



Das Verkehrsministerium spendiert 1,9 Millionen Euro für Testfahrten.

Denn sowohl die Westfrankenbahn, mit ihrem zahlungskräftigen Mutterkonzern im Rücken, würde von einem sinkenden Dieserverbrauch profitieren als auch MTU von einem neuen Absatzgeschäft. Die Signale müssen daher auf Rot gestellt werden - Steuerzahlerzuschüsse sind hier entbehrlich.



### **60 Millionen Euro für Kinofilme**

Die Subventionierung von Filmproduktionen ist eine der Lieblingsbeschäftigungen von Bund und Ländern. Hier kann man das Angenehme (Kinoflair!) mit dem vorgeblich Nützlichen (Wirtschaftsförderung!) verbinden. Der Bund förderte im Jahr 2009 u. a. „Inglourious Basterds“, einen inzwischen Oscar-prämierten Kinoerfolg von Erfolgsregisseur Quentin Tarantino mit Starschauspielern wie Brad Pitt und Til Schweiger. 6,8 Millionen Euro kostete das die deutschen Steuerzahler. Von den Millionen, die der Film inzwischen eingespielt hat, haben sie aber nichts! In 2010 galt u. a. Roland Emmerichs neuer Film „Anonymous“ als subventionsbedürftig. 4,4 Millionen Euro waren hier vorgesehen. Völlig unnötig, findet der Bund der Steuerzahler. Solche Filme kommen auch ohne Subventionen in die Kinos. Dass mit der Filmförderung deutsche Produktionsstandorte gestärkt werden können, ist kein überzeugendes Argument. Die Subventionen schwächen andere Branchen, die die Mittel erwirtschaften müssen. Der BdSt ist sich sicher: Wir können auch anders.



### **240 Millionen Euro für Auslandsprojekte der parteinahen Stiftungen**

Das Bundesentwicklungsministerium gönnt den politischen Stiftungen der sechs im Bundestag vertretenen Parteien 240 Millionen Euro pro Jahr für deren umfangreiche entwicklungspolitische Aktivitäten rund um den Globus. Deren Netzwerke, mit 316 Ausland- und Projektbüros, in denen über 260 eigene und mehr als 1.700 angeheuerten Kräfte arbeiten, kosten eine Menge Steuergeld. Ob mehrere Büros in Mexico-City, Singapur oder Rio und Sao Paulo – die Stiftungen legen je nach politischer Couleur ihre eigenen Schwerpunkte bei der Entwicklungsarbeit in den Bereichen Demokratie, Umwelt oder Sozialwesen fest. Eine Evaluierung der unzähligen Projekte erfolgt entweder durch die Stiftungen selbst oder sie beauftragen Dritte. Das Bundesentwicklungsministerium selbst scheint jedoch den vollständigen Überblick über sämtliche Aktivitäten und deren Sinnhaftigkeit verloren zu haben, denn es selbst evaluiert die Maßnahmen nicht. Eine grundlegende Rechtfertigung für die immens gestiegenen Auslandsausgaben der Stiftungen ist also nicht zu erkennen. Gegenüber dem Jahr 2005 steigen die Ausgaben in diesem Jahr um knapp 57 Millionen Euro. Daher sollten die Stiftungszuschüsse eine kräftige Zäsur erfahren.





### **5.000 Euro für den Deutsch-Japanischen Medienpreis**

Wer in Japan ansprechend über Deutschland berichtet, kann auf den Medienpreis des Auswärtigen Amts und auf 5.000 Euro vom deutschen Steuerzahler hoffen. Eine nette Geste, deren Effekt wohl niemand so recht beschreiben kann. Nicht auszudenken, wenn das Beispiel Schule macht. Bei weltweit knapp 200 Staaten ist eine lange Liste bilateraler Medienpreise denkbar, die dann auf Steuerzahlerkosten kamera-gerecht verteilt werden können.



### **1 Million Euro für zusätzliche Beratung zum Neubau des BMI**

Vor wenigen Wochen begann der Neubau des mit modernster Sicherheit ausgestatteten Bundesinnenministeriums in Berlin. Doch obwohl die Bauarbeiten

in vollem Gange sind, blieben anscheinend wesentliche Fragen der Gebäudebewirtschaftung bisher unbeantwortet. Ende 2014 soll der Neubau fertiggestellt sein, aber noch immer weist das Gebäude-Energiekonzept Lücken auf und nicht alle Sicherheitsfragen rund um das Rechenzentrum sind geklärt. Doch diese Probleme scheinen das Ministerium zu überfordern, so dass wieder einmal externe Expertise eingekauft werden muss. So lässt sich das Ministerium weiter bis ins Jahr 2015 jährlich für 200.000 Euro beraten, um ein ganzheitliches Energiekonzept unter Einbindung des Rechenzentrums auf die Beine zu stellen. Warum diese bauwichtigen Fragen nicht längst beantwortet sind und teuer zugekauft werden müssen, bleibt ein Geheimnis des neuen Hochsicherheitstraktes.



**Das Bundesinnenministerium - der Neubau wird immer teurer.**



### **7,5 Millionen Euro für ein Zusatzkonto der Abgeordneten**

Die Bundestagsabgeordneten erhalten neben ihrer Entschädigung von derzeit 7.668 Euro eine steuerfreie monatliche Kostenpauschale in Höhe von rund 4.000 Euro, aus der sie entstehende Aufwendungen aufgrund ihres Mandats abdecken sollen. Doch damit nicht genug. Zusätzlich stehen jedem Abgeordneten pro Jahr weitere 12.000 Euro für Büro- und Geschäftsbedarf zur Verfügung. Über dieses Sachleistungskonto können sie Kaffeevollautomaten, mobile Navigationsgeräte, Besteck und Geschirr, Digitalcamcorder, MP3-Player und viele andere teure Artikel bestellen. Mit diesen Steuergeldern wurden u. a. die berühmten Edelfüller der Marke Montblanc von 115 Abgeordneten im Wert von rund 70.000 Euro Ende des Jahres 2009 bestellt. Der BdSt fordert ein Ende dieser luxuriösen Steuergeldverschwendung. 4.000 Euro monatliche Kostenpauschale sind vollkommen ausreichend, das Sachleistungskonto muss abgeschafft werden.



### **1,4 Millionen Euro für Lebensmittelforschung**

Im Erforschen und Bewerben mehrfach ungesättigter Fettsäuren sind die Lebensmittelunternehmen seit langem sehr aktiv. Millionenschwere Forschungssubventionen des Bundes sind also unnötig. Trotzdem fördert das Bundesforschungsministerium seit Oktober

2010 das Projekt „Allipids“. Bis ins Jahr 2013 sollen über 1,4 Millionen Euro an Unternehmen und Forschungsinstitute fließen. Ziel ist es also, mit Steuerzahlergeld Rezepturen und Produktionsprozesse zu verbessern. Das ist Planwirtschaft. In einer Marktwirtschaft sollten nicht die Steuerzahler die Forschung bezahlen, sondern jene, die die verbesserten Lebensmittel kaufen. Die „Allipids“-Forschung kann man getrost komplett den Unternehmen überlassen.



### **10.000 Euro für die Vereinigung der Bundespolizei-Kameradschaften**

Mit 10.000 Euro Steuergeldern wird im Jahr 2011 die Vereinigung der Bundespolizei-Kameradschaften e. V. bezuschusst. Der Bund finanziert damit die Geschäftsführung der Vereinigung, Veranstaltungen sowie Ehrengaben und Preise, die der Verein vergibt. Ein kameradschaftliches Verhalten gegenüber dem Steuerzahler würde die Bundesregierung zeigen, wenn sie die Zuschüsse einstellt.



### **490.000 Euro für das Institut für Kulturpolitik**

Mehrere Millionen Euro sind bislang in das Bonner Institut für Kulturpolitik geflossen. In diesem Jahr stellt das Bundeskanzleramt wiederum knapp eine halbe Million Euro bereit. Die Gründung des Instituts war eine der vielen Maßnahmen der Politik, mit der die Region Bonn für den Regierungsumzug nach

Berlin entschädigt werden sollte. Ohne den Bonn-Berlin-Umzug der Bundesregierung wäre das Institut also gar nicht entstanden. Doch so kann es sich nun seit Jahren der „anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung“ widmen. Letztlich bedeutet das, mit Hilfe von substantiellen Steuerzahlersummen sich selbst und möglichst viele Kultursubventionen zu legitimieren. Das Kanzleramt sollte sich fragen, ob es damit gut beraten ist.

### **750.000 Euro für einen „Immobiliendialog“**

Das Bundesbauministerium betreibt ein spezielles Gesprächsforum mit Verbänden aus der Immobilienbranche. Über den üblichen und ständigen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft hinaus leistet man sich hier also ein teures Sondergremium. 2010 gab der Bund hierfür 250.000 Euro aus, 2011 sollen es gar 750.000 Euro werden. So viel Steuergeld einzusetzen, um über immobilienwirtschaftliche Fragen zu diskutieren, ist zweifellos übertrieben. Neben den üblichen Gesetzgebungsverfahren, in die die Branchenverbände eingebunden sind, findet regelmäßig eine Unzahl von Immobilienfachveranstaltungen statt, auf denen sich Politik und Wirtschaft austauschen können. Also bitte nicht immer neue Initiativen und Foren auf Kosten der Steuerzahler.

### **2,3 Millionen Euro für effizientere Generatoren**

Effiziente Generatoren – wer will das nicht? Seit der Erfindung des Generators vor 180 Jahren wird versucht, aus Drehbewegungen möglichst viel Strom zu erzeugen. Das ist naheliegend und in der aktuellen Situation hoher Strompreise lukrativer denn je. Abwegig ist es daher, dass das Bundeswirtschaftsministerium derzeit 2,3 Millionen Euro in ein Forschungsprojekt für effizientere Generatoren fließen lässt. Die Siemens AG erhält dabei mit knapp 1,4 Millionen Euro den Hauptteil dieser Subvention. Worum geht es inhaltlich? Aus Nanomaterialien sollen dünnere und widerstandsfähigere Isolationsmaterialien entwickelt werden, so dass in Generatoren mehr Platz für Kupferkabel und damit mehr Strom entsteht bzw. die Isolation größere Generatorspannungen aushält. Bestens! Nur dafür müssen Siemens & Co nicht die Steuerzahler anzapfen.

### **70.000 Euro für „Gefahrenschutz im Haushalt“**

„Die meisten Unfälle passieren im Haushalt“ ist eine Alltagsweisheit. An Hinweisen, worauf im Haushalt zu achten ist, mangelt es wahrlich nicht. Ob im Internet, in den Printmedien oder in Funk und Fernsehen – überall können Bürger sich informieren. Doch zu allem Überfluss bezuschusst das Bundessozialministerium auch die Aktion „Das sichere

Haus“, die eine Flut von Broschüren produziert. Dort kann der geneigte Leser dann erfahren, dass beispielsweise die Wassertemperatur zu prüfen ist, bevor man sein Kind in die Badewanne setzt. Oder dass frische Weihnachtsbäume weniger schnell entflammbar sind als trockene und dass man beim Befüllen seines Benzinrasenmähers nicht rauchen sollte. Solche Detailaufklärung ist dann doch zu viel des Guten.

### **31 Millionen Euro für teure Berlin-Fahrten**

Jeder Bundestagsabgeordnete kann dreimal pro Jahr insgesamt 150 politisch interessierte Bürger aus seinem Wahlkreis auf einen Berlin-Trip einladen. Bezahlt wird die Tour samt Anreise, Hotel-Unterbringung, Verpflegung und Stellung eines komfortablen Rei-

sebusses in Berlin durch das Bundespresseamt, welches hierfür jährlich rund 23 Millionen Euro ausgibt. Diese, teils mehrtägigen Berlin-Fahrten bekommen also viele Bürger für lau. Auf dem Programm stehen ein Reichstagsbesuch, in Sitzungswochen die Teilnahme an einer Plenarsitzung, Ministeriumsvisiten und diverse Informationsgespräche. Eine mehrstündige Stadtrundfahrt ist selbstverständlich obligatorisch wie auch eine Begleitung der Tourteilnehmer durch einen Betreuer des Bundespresseamtes. Kritikwürdig ist ebenso die Praxis der Bundestagsverwaltung, die es jedem Abgeordneten gestattet, pro Jahr 230 Gäste zu einem Plenar- oder Informationsbesuch nach Berlin einzuladen. Auch hier müssen die Steuerzahler herhalten, denn der Eigenanteil der Eingeladenen liegt nur bei 10 Euro. Zwar werden keine



**Bundestagsabgeordnete können Bürger zum Berlin-Trip einladen.**

Übernachungskosten erstattet, dafür erhalten die Besucher jedoch ein Essen gratis. Der BdSt hält eine stärkere finanzielle Beteiligung der Reiseteilnehmer für vertretbar, zumal die Kosten für die Berlin-Fahrten – ob über das Bundespresseamt oder den Bundestag – in den letzten Jahren massiv gestiegen sind. Für beide Tour-Alternativen gaben Presseamt und Bundestag 2007 knapp 22 Millionen Euro aus. Inzwischen stehen hierfür bereits 31 Millionen Euro bereit.



#### **554.000 Euro für kalifornisches Künstlerambiente**

Die in Kalifornien malerisch gelegene Villa Aurora wird vom Bund gefördert. Mit Blick auf den Pazifischen Ozean können dort internationale Künstler residieren und Veranstaltungen durchgeführt werden. Das kostet über eine halbe Million Euro pro Jahr. Die Mittel kommen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes und des Kanzleramtes. Damit zahlen wir einen hohen Preis für den deutsch-amerikanischen Kulturaustausch. Nun ist das US-amerikanische Sponsoren- und Mäzenatentum traditionell stark. Es darf also bezweifelt werden, dass ohne unser großes Steuerzahler-Engagement die Villa Aurora dem Verfall preisgegeben wäre.



#### **260.000 Euro für Torf-Lippenpflegestifte**

Das Gebiet der Lippenpflegestifte darf nicht dem freien Markt überlassen wer-

den. Dachte sich das Bundesforschungsministerium und fördert nun mit knapp 260.000 Euro die Entwicklung eines neuartigen Lippenpflegestifts. Basis des neuen Pflegestifts soll – nun ja – Torf sein. Ob das eine konsequente oder eine überzogene Fortführung des allgemeinen Trends zu Naturkosmetik ist, bleibt abzuwarten. Nicht jeder oder jede mag es naheliegend finden, sich Torf an die Lippen zu führen. Andererseits zieht vielleicht das Argument, dass Torf vor UV-Strahlen schützt und Entzündungen hemmt. Doch in jedem Falle sollte klar sein, dass Lippenpflegestifte ein Thema für die Kosmetikindustrie, aber kein Fall für die Bundespolitik ist.



#### **13,9 Millionen Euro für den Reservistenverband der Bundeswehr**

Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. erhält seit Jahren einen jährlichen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt von über 13 Millionen Euro und dadurch eine 100-Prozent-Finanzierung durch den Steuerzahler. Aufgabe des mit rund 230 Stellen ausgestatteten Verbandes ist die Betreuung und Fortbildung ausgeschiedener Offiziere, Unteroffiziere sowie Mannschaften nach Maßgaben des Verteidigungsministeriums. Mitglieder können u. a. auf Angebote des Verbandes zurückgreifen, um sich militärisch, körperlich und geistig fit zu halten sowie den Teamgeist und kameradschaftliches Miteinander zu pflegen. Dank des Einsatzes von Steu-

ergeldern können Mitglieder auch die Verbandszeitschrift "loyal" unentgeltlich beziehen. Der BdSt fordert einen Rückzug der staatlichen Bezuschussung sowie einen Truppenabbau beim Personal. Wer als Reservist die Verbandsangebote wahrnehmen möchte, kann auch mehr als 30 Euro Jahresbeitrag leisten. Es ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers, vollumfänglich für die körperliche und seelische Unterhaltung von Reservisten zu sorgen.



### **0,6 Millionen Euro für eine verständliche Gesetzessprache**

Man sollte eigentlich meinen, dass unter den gut 18.000 Beschäftigten der Bundesministerien genügend erfahrene und gut bezahlte Juristen zu finden sind. Sie sind bestimmt in der Lage, verständliche Gesetze auszuformulieren. Die Schaffung eines neuen Redaktionsstabes für eine verständliche Gesetzessprache geht am Kern vorbei. Der Staat übernimmt sich bei dem Versuch, in immer kürzeren Abständen jedes Detail des gesellschaftlichen Lebens regeln zu wollen. Daran werden auch üppige 632.000 Euro für den neuen Redaktionsstab aus dem Etat des Bundesjustizministeriums nichts ändern können.



### **6,1 Millionen Euro für Parlamentarische Staatssekretäre**

Bei den Parlamentarischen Staatssekretären gibt es ein Sparpotenzial von 3 Millionen Euro. Die Bundesregie-

rung beschäftigt derzeit 30 Parlamentarische Staatssekretäre und damit genauso viel, wie die Große Koalition. Rund jeder zehnte Abgeordnete von Union und FDP hat damit einen hoch dotierten Versorgungsposten ergattert. Neben dem Amtsgehalt von rund 9.890 Euro erhalten sie noch eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 230 Euro – steuerfrei. Da sie auch Abgeordnete sind, kommen eine halbierte Diät von 3.834 Euro sowie eine ebenfalls gekürzte, aber steuerfreie Kostenpauschale von 2.988 Euro hinzu. Das ergibt zusammen ein Monatseinkommen von nahezu 17.000 Euro. Bei 30 Sekretären summiert sich das auf 6,1 Millionen Euro. Hinzu kommt pro Sekretär ein jeweils eingerichtetes Büro samt Sekretariatspersonal sowie ein Dienstwagen mit Fahrer, was die Steuerzahler weitere rund 280.000 Euro im Jahr kostet. Vor allem die FDP forderte früher vehement das Streichen von Staatssekretärsposten. Mit der Regierungsbeilegung sind diese Forderungen verstummt. Doch bleibt festzuhalten, dass zu viele Sekretäre den Brei verderben. Ein Parlamentarischer Staatssekretär pro Ministerium ist völlig ausreichend. Dementsprechend schlummert hier ein Sparpotenzial von mehr als 3 Millionen Euro.





### 1,4 Millionen Euro für PC-Spiele

Brauchen wir bessere Computerspiele, um bessere Maurerlehrlinge zu haben? Ja, meint das Bundesbildungsministerium. Es fördert mit 1,44 Millionen Euro ein Projekt, das „spielerisch IT-Kompetenzen“ vermitteln soll. „SpITKom“ zielt dabei auf junge Azubis im Baugewerbe. Entwickelt wird ein Multiuser-Online-Spiel, bei dem Städte und Imperien aufgebaut und gemanagt werden sollen. Weniger ballern, mehr bauen, lautet also das zweifellos gut gemeinte Motto. Doch beim beliebten Politik-Thema „Bildungsbenachteiligung“ nun auch noch auf dem PC-Spielemarkt mit Steuerzahlermillionen nachhelfen und mitmischen

zu wollen, ist maßlos übertrieben. Zumal das Projekt nach eigenem Bekunden „an den kommerziellen Erfolg von Spielen wie Ikariam oder Travian“ anknüpfen will.



### 60.000 Euro für die Ehepartner von Bundeswehrangehörigen

Das Bundesverteidigungsministerium gewährt Ehepartnern von ins Ausland versetzten oder kommandierten bzw. zu versetzenden oder entsprechend zu kommandierenden Bundeswehrangehörigen Beihilfen für fremdsprachliche Aus- und Fortbildungen. Da die meisten Ehepartner jedoch in der Heimat verbleiben, ist eine solche steuergeldfinan-



Bau-Azubis können jetzt am Computer Imperien aufbauen - mit Steuergeldern.

zierte Bezuschussung gern verschenktes Geld, da es selten zu einer Vor-Ort-Anwendung der Fremdsprachenkenntnisse kommt. Der Steuerzahler hat nicht die Aufgabe, Sprachkurse aus reinem Privatvergnügen zu finanzieren. Die Beihilfen müssen abgeschafft werden.



### **1,2 Millionen Euro für bessere Küchenherde**

Ein geringer Stromverbrauch ist in Zeiten hoher Energiekosten ein schönes Verkaufsargument. Wenn man die Entwicklungskosten für stromsparende Geräte nicht auf die eigenen Kunden, sondern auf die Steuerzahler umlegen kann, ist das für Unternehmen noch schöner. Dieses Rezept wird gerade

im Bereich Induktionskochherde angewandt. Induktionskochherde sind deutlich stromsparender als konventionelle E-Herde, aber in der Anschaffung eben auch teurer. Die Entwicklung kostengünstigerer Bauteile für Induktionskochherde liegt also nahe. Das geschieht derzeit – mit freundlicher Unterstützung des Bundesforschungsministeriums. Für das dreijährige Projekt „InduKOCH“ sollen 1,2 Millionen Euro Forschungssubventionen fließen. Mit 730.000 Euro geht der Großteil der Summe an keinen geringeren als an das DAX-Unternehmen Infineon. Solche Subventionen sind komplett überflüssig. Für bessere Kochherde brauchen wir keine Staatshilfe.



**200 Millionen Euro Subventionen bekommen die Milchbauern.**

**200 Millionen Euro  
für Milchbauern**

Nach Jahrzehnten einer verfehlten EU-Agrarpolitik greift nun auch wieder der Bund massiv ein. Weil der Milchpreis gegenwärtig niedrig ist, sollen deutsche Milchproduzenten im Jahr 2011 bis zu 200 Millionen Euro Subventionen aus dem Etat des Bundesernährungsministeriums erhalten (Grünlandmilchprogramm), nachdem ihnen 2010 schon 300 Millionen Euro gewährt wurden. Pro Liter Milch beträgt diese Sonder-subvention aber lediglich rund einen Cent. Damit ist selbst kurzfristig keinem Milchbauern wirklich geholfen. Und langfristig sind neue Subventionen natürlich auch keine Lösung. Erst wurden mit staatlichen Preisgarantien Überkapazitäten geschaffen. Jetzt wird der schwierige Strukturwandel – also der Übergang von Kleinbetrieben zu kostengünstigeren Großbetrieben – mit staatlichen Hilfsversprechen verzögert. Ausbaden muss es der Steuerzahler.

**10 Millionen Euro  
für eine „Stiftung Datenschutz“**

Um den Datenschutz vor allem im Internet zu verbessern, plant die Bundesregierung, in diesem Jahr eine Stiftung Datenschutz zu gründen, die 10 Millionen Euro aus dem Etat des Bundesinnenministeriums erhalten soll. Wesentliche Aufgaben der neuen Stiftung sollen sein, Gütesiegel für Produkte, Dienstleistungen und Verfahren im Umgang mit

Daten zu vergeben, deutschlandweit einheitliche Datenschutzaudits zu entwickeln und den Selbstdatenschutz durch Aufklärung zu verbessern. Der BdSt weist darauf hin, dass bereits unzählige private, auf den Internet-Datenschutz spezialisierte Anbieter sowie die öffentlichen Datenschutzbeauftragten eine umfassende Aufklärungsarbeit leisten. Überdies besteht mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bereits eine staatliche Institution, die IT-Systeme hinsichtlich ihrer Sicherheitseigenschaften prüft, bewertet und auch zertifiziert. Die Erteilung von Gütesiegeln könnte also auf das mit mehr als 500 Beschäftigten ausgestattete Bundesamt übertragen werden. Alternativ oder ergänzend wäre zu prüfen, ob die gestellte Aufgabe auf private Stellen, wie dem TÜV oder die Stiftung Warentest übertragen werden könnte. Diese Lösungen kämen die Steuerzahler allesamt günstiger, als eine neue, teure Stiftung ins Leben zu rufen.

**2,3 Millionen Euro  
für die Bayreuther Festspiele**

Bei den Bayreuther Festspielen tummelt sich bekanntlich viel Prominenz. So wundert es kaum, dass die Festspiele aus dem Kanzleretat mit 2,3 Millionen Euro subventioniert werden. Doch ist es Aufgabe des Steuerzahlers, einem weltbekannten und hochkarätigen Musikfestspiel finanziell unter die Arme zu greifen? Der BdSt sagt Nein, finanzieren

doch u.a. Großkonzerne wie Audi oder Siemens die Bayreuther Festspiele als Sponsoren. Die Liste der Mäzene und Spender scheint endlos. Förderer und Finanziere gibt es also genug. Die Steuergeldbezuschung sollte daher eingestellt werden.

### **2,2 Millionen Euro für Elektro-Dienstwagen**

Dass Elektro-Autos im Kommen sind, glaubt auch der Software-Konzern SAP. Software für das Flottenmanagement von Elektro-Dienstwagen gilt bei SAP als Riesenmarkt. Ein Riesenunsinn ist es deshalb, dass das Bundesumweltministerium einen zweijährigen Feldversuch mit 2,2 Millionen Euro bezuschusst. „Future Fleet“ heißt das Projekt, bei dem derzeit einige Hundert SAP-Mitarbeiter

30 Elektro-Autos als Dienstwagen ausprobieren. Im Rahmen des Projekts hat SAP die nötige Software entwickelt, die sicherstellen soll, dass für angemeldete Dienstfahrten auch aufgeladene Wagen zur Verfügung stehen. Das Energieunternehmen MVV Energie hat als Projektteilnehmer die nötigen Ladestationen an SAP-Standorten installiert. Alles schön und gut, nur: Der Jahresumsatz beider Unternehmen beträgt rund 14 Milliarden Euro. Der Frage also, ob für solche Erprobungen dringend Steuerzahler-Subventionen nötig sind, fehlt somit jede Spannung.

### **6 Millionen Euro für die Investorenwerbung**

Das Bundesinnenministerium fördert im Rahmen seiner neuen Zuständigkeit für



Das Projekt „Future Fleet“ - SAP-Mitarbeiter testen Elektro-Dienstwagen.

die Neuen Bundesländer die dortige Investorenansiedlung sowie die Entwicklung von Marktstrategien zur Standort-sicherung. Der Steuerzahler darf über den Bundeshaushalt für das Anlocken ausländischer Investoren 6 Millionen Euro auf den Tisch legen. Doch wer als ausländischer Direktinvestor von der Qualität des Standortes Ostdeutschland überzeugt ist, muss nicht mit Steuergeldern gelockt werden. Eine robuste Investitionsentscheidung basiert stets auf einer selbst zu erwirtschaftenden Rendite und nicht aus Subventionen. Ebenso sind die neuen Länder im Rahmen eines kooperativen Netzwerkes selbst in der Lage, ausländische Investoren von ihren Standortvorteilen zu überzeugen. Der Bundeszuschuss muss abgeschafft werden.



**355.000 Euro für Kamillen-Erntemaschinen**

Einen konsequent planwirtschaftlichen Ansatz verfolgt das Bundeslandwirtschaftsministerium. Es fördert u. a. die Entwicklung einer neuen Erntemaschine für Kamillenblüten. Das soll die Steuerzahler in den Jahren 2010-2013 rund 355.000 Euro kosten. Ziel ist es, in „Abstimmung mit den Kamilleproduzenten und den potenziellen Herstellern“ eine leistungsfähigere Pflücktechnik zu entwickeln. Toll, dass sich die Bundesregierung mit fremdem Geld sogar darum sorgt, dass der deutsche Maschinenbau in allen relevanten Bereichen floriert

und den Deutschen erschwingliche Kamillenblüten aus heimischer Ernte nicht ausgehen.



**6 Millionen Euro für den Aktionsplan „IN FORM“**

Der Bürger ist nicht mündig und kann schlecht für sich selbst entscheiden. Dieser Ansicht scheinen das Bundesgesundheits- und das Bundesverbraucherschutzministerium zu sein. Beide finanzieren den Aktionsplan „IN FORM“ der Bundesregierung. Er beinhaltet Maßnahmen zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und Krankheiten, die damit zusammenhängen. Diesen Gesundheitsrisiken hat die Bundesregierung den Kampf angesagt. Durch umfassende Werbe- und Informationskampagnen soll der Bürger zurück auf den Weg der gesundheitlichen Tugenden geführt werden. Der BdSt hält den Aktionsplan für ein fettes Ding. Mittels 6 Millionen Euro Steuergelder durch farbenfrohe Broschüren, Internetplattformen und unzählige Projekte den Bürger eine gesunde Ernährung und Bewegung vorgeben zu wollen, kann nicht funktionieren. Der Aktionsplan muss finanziell abgespeckt werden. Das entschlackt den Bundeshaushalt, so dass er mehr Bewegungsfreiheit bekommt.



### **17.000 Euro für den Internationalen Baumwollberatungsausschuss**

Deutschland kann nicht gerade als wichtiger Baumwollproduzent bezeichnet werden. Trotzdem ist Deutschland Mitglied im Internationalen Baumwollberatungsausschuss (ICAC) – offenbar beseelt vom Olympischen Geist des „Dabeisein ist alles“. Deutsche Steuerzahler bringen zwei Prozent des ICAC-Beitragsvolumens auf. In 2011 werden das wieder rund 17.000 Euro aus dem Etat des Bundeswirtschaftsministeriums sein. Dafür gibt es dann für die nicht existierenden deutschen Baumwollproduzenten wichtige Gegenleistungen, wie zum Beispiel Baumwollstatistiken über die Produktion, den Konsum und den Welthandel, technische Informationen oder die Vertretung der Baumwollindustrie vor der UN und anderen internationalen Institutionen. Die kühne These des Bundes der Steuerzahler: Ein Ausschuss-Austritt wäre verkraftbar.



### **4,9 Millionen Euro für die Deutsche Arbeitsschutzausstellung**

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin gönnt sich eine eigene dauerhafte Ausstellung – die Deutsche Arbeitsschutzausstellung mit derzeit 71 Beschäftigten. Aufgabe der Ausstellung ist, die Öffentlichkeit über die Arbeitswelt und deren Stellenwert in der Gesellschaft zu informieren. Diese Aufklärung lässt sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales knapp

4,9 Millionen Euro pro Jahr kosten. Die Arbeitsschutzausstellung selbst trägt natürlich auch ihren Beitrag zur Finanzierung bei – „enorme“ 60.000 Euro will sie 2011 durch Einnahmen erzielen. Eine derart großzügig ausgestattete Ausstellung über ein Nischenthema ist unnötig. Schutzwürdig sind vielmehr die Steuergelder der arbeitenden Bevölkerung. Die Subventionierung der Ausstellung muss drastisch zurückgefahren werden.



### **0,7 Millionen Euro für einen Innovationsdialog**

Regierung mit Wirtschaft und Wissenschaft im Dialog um Innovationen – wie toll das klingt. Entsprechend innovativ ist deshalb die Bundesregierung, wenn es darum geht, immer wieder neue Beratungsgremien zu schaffen. Anfang 2004 startete Kanzler Schröder die Initiative „Partner für Innovation“. Sie hielt gut zwei Jahre. Dann folgte Mitte 2006 Kanzlerin Merkels „Rat für Innovation und Wachstum“. Er beriet nicht einmal mehr zwei Jahre lang – nach fünf Sitzungen war Schluss. Dann begab sich die Bundesregierung über zwei Jahre lang auf die Suche nach neuen Beratungsstrukturen. Im Herbst 2010 wurde der neue „Innovationsdialog“ offiziell gestartet. Eine dafür gegründete Geschäftsstelle soll Innovationstrends beobachten und vorhandenes Wissen aus anderen Gremien sichten, konsolidieren und priorisieren, damit sich dann halbjährlich Vertreter der Bundesregierung, der



Wissenschaft und der Wirtschaft treffen und besprechen können. Veranschlagte Kosten für den „Innovationsdialog“ im Zeitraum 2010/2011: satte 702.000 Euro! Ein spürbarer externer Beratungseffekt kann von solchen teuren Showveranstaltungen nicht erwartet werden. Und falls doch, müssten sich die Innovationsreferate und -abteilungen in den Bundesministerien ernsthaft fragen, wie es um ihre interne Beratungsleistung steht. In jedem Fall kann hier gespart werden.



#### **16 Millionen Euro für Mehrgenerationenhäuser**

Vater Staat will mit fremdem Geld praktisch jeder Bevölkerungsgruppe etwas Gutes tun. Und da er ständig weitere Betätigungsfelder sucht, kann er per Gruppenmix auch schnell neue Förderatbestände aus dem Hut zaubern. So geschehen beim Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhaus“. Wer solch ein Haus anbietet, kann fünf Jahre lang bis zu 40.000 Euro jährlich vom Bundesfamilienministerium erhalten. Ein Mindestkriterium für ein Mehrgenerationenhaus: Es muss für alle Altersgruppen, von Kleinkindern bis zu Hochbetagten, Kultur- und Unterstützungsangebote unter einem Dach bereithalten. Darüber hinaus sollten sie beide Geschlechter sowie unterschiedliche Milieus und Kulturen einbeziehen. Zusätzliche Subventionen können auch noch aus dem Europäischen Sozialfonds beantragt werden. Wie schlimm muss es

um das intergenerative Zusammenleben vor der Erfindung solcher Förderprogramme bestellt gewesen sein...



#### **4 Millionen Euro für die Ölmultis TOTAL und Statoil**

Die Clean Energy Partnership ist ein Zusammenschluss von 13 großen Konzernen der Technologie-, Mineralöl-, Energie- und Automobilbaubranche. Der Verbund zielt darauf ab, Wasserstoff als Kraftstoff der Zukunft zu etablieren. Ein wichtiges Pilotprojekt war dabei der Bau einer Wasserstofftankstelle in Berlin, die im Frühjahr 2010 an einer TOTAL-Tankstelle eröffnet wurde. Neben Linde waren die Ölmultis TOTAL aus Frankreich und Statoil aus Norwegen maßgeblich an der Entwicklung und dem Aufbau der Wasserstofftankstelle beteiligt. Das Bundesverkehrsministerium bedankt sich bei beiden Konzernen für deren selbstloses Engagement und bedeckt sie mit Steuergeldern in Höhe von zusammen 4 Millionen Euro bis Ende 2013. Und das, obwohl die Anlage schon seit knapp einem Jahr in Betrieb ist. Nachrichtlich sei erwähnt, dass auch die deutsche Linde AG bedacht wurde, wenn auch „nur“ mit 105.000 Euro Steuergeld.



#### **279 Millionen Euro zahlt der Steuerzahler für die Deutsche Welle**

Das Bundeskanzleramt finanziert den deutschen Auslandsrundfunk „Deutsche Welle“ mit rund 279 Millionen Euro jährlich. Mit diesen Steuerzahler-Millionen

erschafft ein multinationales Team von rund 1.500 Mitarbeiter einen vollumfänglichen Hörfunk-, Fernseh- und Internetdienst in 30 verschiedenen Sprachen, um Deutschsprachige rund um den Globus mit Informationen zu versorgen. Auch wenn die Deutsche Welle Mitglied der ARD ist, wird sie nicht über Gebühren, sondern über Steuergelder finanziert. In der multimedialen Zeit von heute ist das Angebot der Deutsche Welle viel zu umfassend. Informationen aus Deutschland oder in deutscher Sprache sind via Internet überall auf der Welt jederzeit erreichbar. Die Zuschüsse an die Deutsche Welle können daher umfassend gekürzt werden.



### **1,1 Millionen Euro für eine Handy-Mitfahrzentrale**

Seit Mitte 2009 und noch bis Ende 2011 dürfen vier IT-Unternehmen insgesamt 1,1 Millionen Euro aus dem Etat des Bundeswirtschaftsministeriums „verforschen“. Das gut klingende Ziel lautet „Green Mobility“. Ermöglicht werden soll, per Handy kurzfristig Auto-Mitfahrgelegenheiten zu suchen oder anzubieten. Das ist zweifellos nützlich – wie so viele Internet- und Handydienste, die in den vergangenen Jahren ohne Subventionen entwickelt worden sind. Umso unverständlicher ist es, dass „Green Mobility“ mit einer siebenstelligen Summe vom Steuerzahler bezuschusst wird. Im Übrigen existieren bereits zahlreiche Online-Mitfahrbörsen

und inzwischen auch entsprechende Iphone-Apps. Mitfahren geht also auch ohne „Green Mobility“!



### **450.000 Euro für die Transrapid-Beratung**

Im Etat des Bundesverkehrsministeriums versteckt sich ein monströs klingender Ausgabentitel mit der Bezeichnung „Beratung zur Nutzung der Ergebnisse des Weiterentwicklungsprogramms Magnetschwebbahntechnik und der Transrapid-Versuchsanlage Emsland“. Er soll 2011 mit 450.000 Euro Steuergeld gefüllt. Obwohl die am Transrapid beteiligten Industrieunternehmen keine weiteren Transrapid-Versuche mehr für erforderlich und die Technik für ausgereift halten, bezuschusst der Bund die emsländische Versuchsanlage im Jahr 2011 mit weiteren 6 Millionen Euro. Doch dem Bund scheint das nicht zu reichen: Die im Jahr 2010 mit 515.000 Euro und in 2011 mit 450.000 Euro finanzierte Diskussionsrunde des Ministeriums soll beraten, beraten und abermals beraten, wie die Magnetschwebbahntechnik weiterentwickelt werden kann. Dieses Geld ist sinnlos ausgegeben, so der BdSt. Wenn selbst die Industrie sagt „Schluss“, dann muss der Bund nicht wertvolle Steuergelder in der Ems versenken.

### **0,5 Millionen Euro für „genderfaire“ Tests**

Um Forschungsgelder beantragen und bewilligen zu können, ist der Diskriminierungsverdacht so beliebt wie erfolgversprechend. Gut eine halbe Million Euro ist es gegenwärtig dem Bundesbildungsministerium wert, die „Genderfairness berufs- und studieneignungsdiagnostischer Tests“ untersuchen zu lassen. Die Projektfrage so zu stellen, suggeriert schon die Antwort. Ziel des Projekts soll es denn auch sein, „genderfaire Verfahrensvarianten“ zu konstruieren. Wie gut, dass dank dieses Projekts schon bald sowohl betroffene Berufs- und Studienanfänger als auch Personalabteilungen und Hochschulen nicht mehr auf genderunfaire Test hereinfallen. Die hierzulande systematische gen-

derunfaire Berufs- und Studienwahl hat dann endlich ein Ende. Danke, liebes Bildungsministerium!


### **3,2 Millionen Euro für chinesische Verkehrskonzepte**

Die chinesische Zentralbank besitzt 2,4 Billionen Dollar Devisenreserven, das deutsche Forschungsinstitut bezahlt 3,2 Millionen Euro für das Verkehrsentwicklungskonzept einer chinesischen Provinzhauptstadt! „Metrasys - Mega Region Transport Systems for China“ heißt das Projekt, an dem das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt, das Wuppertal Institut für Klima, die Fraunhofer-Gesellschaft und die FU Berlin teilnehmen. In Hefei, einer Fünf-Millionen-Stadt, 450 km von Shanghai entfernt, werden Verkehrsströme und



Hefei in China - ein neues Verkehrskonzept mit deutschen Steuergeldern.

Emissionen gemessen und publiziert. Damit soll dann im Dialog mit den örtlichen Playern eine „nachhaltige Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung“ erstellt werden. China lächelt.

 **3.000 Euro für den Deutschen Pflügerrat**

Wie wichtig das Pflügen ist, wissen wir seit Jahrtausenden. Wir danken den Pflügerinnen dieser Welt täglich mit unserer Bezahlung beim Bäcker. Doch inzwischen ist das Pflügen sogar zum Wettkampfsport geworden. Der Weltpflügerrat veranstaltet sogar Weltmeisterschaften im Pflügen. Alles schön und gut. Aber muss das Bundeslandwirtschaftsministerium dem Deutschen Pflügerrat jährlich 3.000 Euro zu überweisen, damit dieser Mitglied im Weltpflügerrat sein kann? Und falls demnächst Weltmeister-

schaften im Löten stattfinden? Ist dann der Steuerzahler auch in der Verantwortung? Fragt besorgt der Bund der Steuerzahler.

 **180.000 Euro für die Europa-Union Deutschland e.V.**

Europa ist wichtig, Europa ist toll, die europäische Idee muss gefördert werden. So dachten wohl einige Politiker aus Bundestag und Europäischem Parlament, die der Europa-Union angehören. Über den Etat des Bundespresseamtes, der zum Kanzleretat gehört, gönnen sie sich für ihren Verein in diesem Jahr 180.000 Euro Steuergelder, obwohl der jahrzehntealte und auf ehrenamtlichen Strukturen basierende Verein bereits seit Jahren öffentliche Gelder von der Berliner Senatskanzlei erhält. Nun wird die Europa-Union ab diesem Jahr auch



noch zusätzlich vom Bund institutionell gefördert, also dauerhaft vom Steuerzahler alimentiert. Der amtierende Präsident des Vereins ist immerhin Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag. Hier scheint es dem überparteilichen und politisch unabhängigen Verein auf kurzem Weg möglich gewesen zu sein, beträchtliche Steuergelder für die Vereinsarbeit locker zu machen. Doch wenn der Verein dauerhaft nicht mit seinen eigenen Mitteln auskommt, sollte er entweder die Beiträge für seine 17.000 Mitglieder anpassen oder aber den Gürtel etwas enger schnallen.



### **1,5 Millionen Euro für die „Metaplattform Verkehr“**

Forschung und Innovation zu fördern, klingt immer gut. Da dürfen es auch gern Subventionsmillionen für den Bereich Verkehrsinformation sein, dachte sich das Bundesverkehrsministerium mit seiner Initiative „Metaplattform“. Ziel ist ein Internetportal, das alle möglichen Verkehrsdaten bündelt. Adressaten sollen insbesondere Anbieter kommerzieller Dienste sein. 2,5 Millionen Euro waren es 2010, 1,5 Millionen Euro sollen im Jahr 2011 fließen. Es ist sicherlich nett, sich beispielsweise mit Hightech-Handys über Mobilitäts Optionen, Staus oder Verspätungen informieren zu können. Doch die Weiterentwicklung längst bestehender Informationsdienste mit Steuergeldern zu subventionieren, statt

dies privaten Anbietern zu überlassen, ist zweifellos ein Irrweg.



### **55.000 Euro für besseren Öko-Topfschnittlauch**

Wir alle möchten uns gesund ernähren, daher liegen Öko-Produkte im Trend. Nur der Topfschnittlauch aus Ökoanbau macht Probleme. Seine oft mangelhafte Qualität lässt viele Konsumenten zweifeln. Die Ökoerzeuger haben große Schwierigkeiten, die Nachfrage nach Öko-Schnittlauch mit hoher Qualität zu bedienen. Vorteil also für den Schnittlauch aus konventioneller Anbauweise. Doch dieser Gemeinwohl schädigende Missstand muss dringend beseitigt werden, dachte sich das Bundeslandwirtschaftsministerium - mit Steuergeldern versteht sich. So erhält eine bayerische Öko-Beratungsfirma knapp 55.000 Euro, um die Erfolgsfaktoren in der Schnittlauchballenproduktion zu ergründen. Anhand der Ergebnisse sollen Freiland-Bauern und Topfkräuterproduzenten entscheidende Hinweise erhalten, um die misslichen Qualitätsprobleme beim Öko-Schnittlauch in den Griff zu bekommen. Doch wenn bei Öko-Topfschnittlauch eine scheinbar so hohe Nachfrage und Marktlücke besteht, ist es dann nicht im Eigeninteresse der Hersteller und Vermarkter hier eine intensive Züchtungsforschung voranzutreiben? So viel Öko-Nischenförderung ist zum grün ärgern!

## **Kontaktdaten**

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V.  
Französische Str. 9-12  
10117 Berlin

[www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de)

Ansprechpartner:

### **Julia Berg**

Pressesprecherin  
Tel.: 030/25 93 96 - 21

### **Sven Ehling**

Referent für  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: 030/25 93 96 - 20

Bildnachweis:  
(Titel) Deutscher Bundestag/  
Lichtblick/ Achim Melde  
(9) daimler.com  
(20) Fotolia - raven  
(21) Frédéric Prochasson  
(23) SAP, Ingo Cordes

Stand: April 2011

